

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Sozialausschusses Nr. IV/2003,
am 26.11.2003, 15:00 Uhr
Ort: Aula des Berufskollegs Käthe-Kollwitz, Liebigstraße 20-22

Anwesend waren:

a) die Mitglieder des Rates

Frau Oestereich als Vorsitzende
Frau Bada-Huschka
Frau Dannert
Herr Dücker
Frau Huvers
Frau Kurte
Frau Kuschel-Eisermann
Herr Röspel
Herr Timm

b) die stellv. Mitglieder des Rates

Frau Kramps
Frau Schleidgen

c) die Ausschussmitglieder

Herr Kohaupt
Herr Meier
Herr Stacheter

d) das stellv. Ausschussmitglied

Herr Halbeisen

e) die sachkundigen Einwohner

Herr Denecke fehlte entschuldigt
Herr Ensberg
Herr Haensel
Herr Puder
Frau Schmidt

f) von der Verwaltung

Herr Dr. Schmidt Dezernat für Umwelt, Gesundheit, Jugend, Soziales und Verbraucherschutz

Herr Steuber	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Kreiß	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Reichert	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Brauers	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Stüwe	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Oestreicher	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Versteeg-Schulte	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Fröhning	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Schmidt	Rechnungsprüfungsamt
Herr Schierau	Stadtkämmerei
Frau Ellinghaus	Stadtkämmerei
Frau Thomzig	Ordnungsamt
Herr Dr. Bent	Gesundheitsamt
Herr Schrage	Gesundheitsamt
Herr Quitter	Konsolidierungsmanagement

g) Herr Meisborn als Schriftführer

Inhaltsverzeichnis:

TOP	Stichwort	
1.	Mitteilungen	S. 4
2.	Bericht über den Stand des Projektes Sozialagentur a) Zwischenbericht zum Stand der Sozialagentur b) Mündlicher Bericht von Prof. Reis	S. 5
3.	Haushaltskonsolidierung hier: Aktivierungsstrategie Sozialhilfe (55 – M 01) Intensivierung der Bedarfsberatung (55 – M 02) Zu diesem TOP ist ein Schreiben der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.11.03 beigelegt	S. 5
4.	Haushaltskonsolidierung hier: Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber (55 – M 14)	S. 6
5.	Offene Altenarbeit hier: Ziele und Strukturen zur Förderung von Begegnungsstätten	S. 8
6.	Auswirkung des Landeshaushaltes 2004/2005 auf die Stadt Hagen hier: mündlicher Bericht	S. 9
7.	Geschäftsberichte Freie Wohlfahrtspflege – 2. Lesung	S. 9
8.	XIX. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986 und Bericht über die Unterbringungssituation in den Übergangseinrichtungen der Stadt Hagen	S. 10
9.	Antrag der CDU-Fraktion hier: Krankenversicherung von Sozialhilfe-Empfängern	S. 10
10.	Haushalt 2004	S. 11
11.	Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen	S. 11
12.	Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	S. 12

Frau Oestereich eröffnet die Sitzung um 16:07 Uhr.
Sie weist darauf hin, dass die Vorlagen 100060/03 und 200052/03 zusammen zu TOP 11 gehören.

1. Mitteilungen

Frau Oestereich informiert über einen Beschluss des Behindertenbeirates zur geplanten Schließung der Abteilung Sonderpädagogik der Max-Reger-Musikschule. Dieser Beschluss sei zwar sozialpolitisch relevant, aber vorher hatte bereits der Kultur- und Weiterbildungsausschuss in gleicher Angelegenheit beraten. Frau Kramps berichtet, dass die Schließung abgelehnt worden sei. Frau Oestereich äußert die Ansicht, dass diese Entscheidung richtigerweise im Kultur- und Weiterbildungsausschuss getroffen worden sei.

Herr Dr. Bent (Gesundheitsamt) informiert den Sozialausschuss über folgende Angelegenheiten:

- Donum Vitae hat erneut einen Förderantrag gestellt.
- Die Außenstelle des Gesundheitsamtes in Boelerheide wurde geschlossen und die dortige Stelle ins Gesundheitsamt im Rathaus II integriert.
- Des Weiteren scheitere die geplante Errichtung einer ärztlichen Versorgung im Männerasyl Tuchmacherstraße an den fehlenden finanziellen Sachmitteln. Ein entsprechender Antrag sei von der Kämmerei abgelehnt worden.

Über den letzten Punkt äußern sich Frau Oestereich, Herrn Meier, Herrn Haensel, Herrn Dr. Schmidt, Herrn Dr. Bent und Frau Kurte. Dabei sichert Herr Dr. Schmidt zu, dass weiterhin intensiv daran gearbeitet werde, um eine ambulante ärztliche Versorgung im Männerasyl Tuchmacherstraße sicherzustellen. Fr. Oestereich nimmt dies zur Kenntnis und formuliert für den Sozialausschuss erneut die Erwartung, dass ein positives Ergebnis bzgl. der Errichtung eines niederschweligen ärztlichen Angebotes unbedingt erzielt werden müsse. Des Weiteren möchte die Vorsitzende, dass ein Mitglied des Ausschusses an dem geplanten Erfahrungsaustausch über ambulante Gesundheitsfürsorge beteiligt wird, wozu Herr Haensel und Herr Dr. Schmidt einladen werden.

Herr Haensel berichtet, dass es in der Geschäftsführung des DPWV zu einer personellen Veränderung komme. Die bisherige Geschäftsführerin Frau Ackermann gehe Ende des Jahres in den Ruhestand. Nachfolgerin werde Frau Mechthild Weickenmeier. Außerdem ändere sich der örtliche Einzugsbereich des DPWV. Der Märkischen Kreises werde in Zukunft nicht mehr dazu gehören, sondern die Bereiche Ennepe-Ruhr und Hagen werden zusammengefasst.

Frau Kreiß gibt einen Zwischenbericht über „Ältere Migranten in Hagen“. Frau Kreiß verweist auf den Arbeitsauftrag aus der Sitzung im Mai und kündigt eine neue Vorlage für die erste Sitzung im neuen Jahr an.

Herr Dr. Bent verlässt die Sitzung um 15:25 Uhr.

2. Bericht über den Stand des Projektes Sozialagentur

Frau Oestereich teilt mit, dass Herr Prof. Reis erkrankt sei und dafür sein Mitarbeiter Herr Wende erschienen ist, der vom Ausschuss begrüßt wird. Dann erteilt sie Herrn Steuber das Wort, welcher den dritten Zwischenbericht (in Form der Vorlage) erläutert und darauf hinweist, dass es noch einen Abschlussbericht geben werde.

Insgesamt weist Herr Steuber auf den bisher positiven Verlauf des Projektes hin.

Anschließend gibt Frau Oestereich das Wort an Herrn Wende, der wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FH Frankfurt bei Herrn Prof. Reis ist. Dieser berichtet über unterschiedliche Modellprojekte, bei denen das Fallmanagement im Mittelpunkt stehe. Die Implementierung des Case-Managements benötige zwar einen Zeitraum von ca. einem Jahr, führe aber zu größerer Nachhaltigkeit beim Ausstieg und größerer Mitarbeiter- und Klientenzufriedenheit. Anhand des Modellprojektes stellt Herr Wende fest, dass der Einsatz individueller Hilfen sehr erfolgreich sei, aber insgesamt die Modellprojekte ihre Grenzen durch die derzeitige Arbeitsmarktsituation erfahren würden. Herr Wende hebt hervor, dass die Sozialagentur in Hagen ein gutes Beispiel für fachliche Arbeit in Form der Teamentwicklung in der Einführung der Sozialagentur sei.

Weiter wird ausgeführt, dass bei allen Modellen die Angebotssteuerung unterentwickelt bleibe. Allerdings sei Hagen durch die Kooperation mit dem Werkhof auf einem guten Weg.

Frau Oestereich dankt Herrn Wende, dass er der Sozialagentur ein so positives Testat ausgestellt habe.

Daraufhin stellt die Vorsitzende die Vorlage 500081/03 „Zwischenbericht zum Stand der Sozialagentur“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3. Haushaltskonsolidierung

hier: Aktivierungsstrategie Sozialhilfe (55 – M 01)

Intensivierung der Bedarfsberatung (55 – M 02)

Zu diesem TOP ist ein Schreiben der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.11.03 beigelegt

Die Vorlage mit der Drucksachen-Nr. 500079/03 wird von Frau Oestereich aufgerufen. Dabei weist sie darauf hin, dass diese Vorlage im Zusammenhang mit dem Schreiben der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.11.03 zu beraten sei. Sie gibt Herrn Steuber das Wort.

Herr Steuber erklärt, dass es sich bei der Vorlage um die ersten beiden Maßnahmen zum Konsolidierungskonzept handelt, wobei er aber deutlich macht, dass die Sozialhilfefzahlen seit September 2001 wieder angestiegen sind. Dann stellt Herr Steuber die beiden vorgeschlagenen Maßnahmen vor.

Herr Halbeisen trägt die Bedenken und Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor und beantragt, dass über die Maßnahmen einzeln abgestimmt werden solle.

Herr Kohaupt trägt vor, dass in Hagen pro Einwohner und Jahr 466,- € Sozialhilfe (im engeren Sinne) gezahlt und die Zahlen somit 67% über dem Bundesdurchschnitt liegen würden. Der Bundesdurchschnitt liege bei 266,- € pro Einwohner und Jahr. Damit möchte Herr Kohaupt die – wie in der Vorlage vorgeschlagen – Notwendigkeit von Kontrollen beim Sozialhilfebezug unterstreichen.

Herr Röspel hat ebenfalls noch Fragen zu der Vorlage, die sich auf die Personalverteilung beziehen. Diese Fragen werden von Herrn Steuber beantwortet.

Frau Oestereich will einzeln über die beiden Maßnahmen (55 – M 01 und 55 – M 02) abstimmen lassen.

Herr Halbeisen erläutert, dass er über die einzelnen Maßnahmenschritte innerhalb der Vorlage abstimmen lassen möchte.

Diesen Antrag hält Frau Oestereich nicht für gerechtfertigt und stellt ihn zur Abstimmung.

Dieser Antrag von Herrn Halbeisen wird bei einer Enthaltung abgelehnt.

Anschließend stellt Frau Oestereich den ersten Punkt des Beschlussvorschlages (55 – M 01) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Bei einer Gegenstimme mit Mehrheit beschlossen.

Dann den Zweite Punkt des Beschlussvorschlages (55 – M 02).

Abstimmungsergebnis: Bei einer Gegenstimme mit Mehrheit beschlossen.

Herr Schierau und Frau Ellinghaus (beide Stadtkämmerei) kommen um 15:50 Uhr zur Sitzung. Herr Schrage (Gesundheitsamt) kommt um 15:55 Uhr zur Sitzung.

4. Haushaltskonsolidierung

hier: Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber (55 – M 14)

Frau Oestereich gibt Herrn Stüwe das Wort, der die Vorlage vorstellt und begründet.

Herr Halbeisen meldet sich zu Wort und stellt folgenden Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt festzustellen,

1. bei wie vielen Personen der in Rede stehenden 530 Beziehern Leistungen nach dem AsylbLG tatsächlich aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchgeführt werden können;
2. wie viele Personen mit einer Duldung in die Lage versetzt werden können Arbeit aufzunehmen und somit aus dem BSHG-Bezug auszuschneiden.

Der Antrag wird von Frau Oestereich zur Kenntnis genommen und Herr Stüwe nimmt dazu inhaltlich Stellung.

Herr Dücker macht auf die generelle Schwierigkeit dieses Themas aufmerksam, sieht aber keine Alternative zu dieser Vorlage und will ihr zustimmen.

Herr Halbeisen bittet um Auskunft, ob es stimme, dass das Vorliegen von Abschiebehindernissen bereits jeweils aktenkundig sei. Ferner möchte er beziffert haben, wie viele von 530 Beziehern ausreisen sollten und könnten und wie viele von diesen 530 Personen aufgrund von Abschiebehindernissen weiter hier im Lande leben würden.

Herr Haensel weist darauf hin, dass es sich hier um ein sehr emotionales Thema handelt. Er wirft die Frage auf, ob der ordnungsbehördliche Rahmen der richtige Ort für solch ein Management sei. Herr Haensel schlägt ein Verbundsystem mit den in der Asylarbeit tätigen und erfahrenen Stellen vor. Dabei weist er auf die Zuwanderungsstelle des Diakonischen Werkes hin. Außerdem kritisiert Herr Haensel die in der Vorlage verwandte Sprache, insbesondere im Hinblick auf die Verwendung und Nennung von Zahlen.

Herr Dr. Schmidt nimmt das Angebot der Zusammenarbeit von Herrn Haensel an und geht auch auf die Sprachkritik ein. Er macht darauf aufmerksam, dass laut Vorlage geplant sei, innerhalb von fünf Jahren die Zahl der Leistungsbezieher von 530 um 150 zu reduzieren. Und dies auch nur, wenn bei diesen Personen keine Abschiebehindernisse vorliegen würden. Bzgl. der geäußerten Bedenken macht Herr Dr. Schmidt darauf aufmerksam, dass bereits in der Vorlage vorgesehen sei, vierteljährlich über die Arbeit zu berichten. Herr Dr. Schmidt schließt mit der Empfehlung, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Haensel wünscht eine Beschreibung der Kriterien für das Rückführungsmanagement. Herr Steuber geht ebenfalls positiv auf das Kooperationsangebot von Herrn Haensel ein. Er führt aus, dass die Anbindung dieser Stelle beim Ordnungsamt nötig sei. Denn von dort könnten dann auch hoheitliche Maßnahmen durchgeführt werden.

Frau Oestereich greift das Angebot der Kooperation nochmals auf, dass die einzurichtende Stelle beim Ordnungsamt sowohl vom Fachbereich Jugend und Soziales wie auch von der Zuwanderungsberatungsstelle des Diakonischen Werkes begleitet werden soll. Dies beinhalte auch eine vorherige gemeinsame Absprache über die zu erstellenden Kriterien für das Rückführungsmanagement. Die Vorsitzende stellt klar, dass sie bzgl. der vierteljährlichen Berichte nicht nur die Nennung von Zahlen erwarte, sondern auch darüber hinaus gehende Informationen.

Frau Oestereich geht dann auf den Antrag von Herrn Halbeisen ein. Nachdem die Vorsitzende und Herr Halbeisen klären können, dass die Punkte des Antrages zum einen durch die Vorlage und zum anderen durch die gemeinsam zu erstellenden Kriterien für das Rückführungsmanagement abgedeckt werden, zieht Herr Halbeisen seinen Antrag zurück.

Frau Oestereich stellt den Beschlussvorschlag der Vorlage 500078/03 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Herr Jörg Meier verlässt die Sitzung um 16:53 Uhr.
Sitzungspause von 16:53 bis 17:04 Uhr.

Frau Kuschel-Eisermann beantragt den TOP 8 vorzuziehen. Diesem Antrag wird zugestimmt, so dass statt TOP 5 nun TOP 8 beraten wird.

Zunächst stellt Herr Steuber Herrn Brauers als neuen Abteilungsleiter im Fachbereich Jugend und Soziales vor.

5. Offene Altenarbeit

hier: Ziele und Strukturen zur Förderung von Begegnungstätten

Frau Oestereich teilt mit, dass sie die Ausarbeitung für gelungen halte und stellt zusätzlich zur Vorlage den Antrag, ebenfalls über den Druck des Altenplanes abzustimmen. Sie informiert den Ausschuss darüber, dass der Seniorenbeirat die Vorlage zur Kenntnis genommen habe und dem Sozialausschuss empfiehlt, die Richtlinien zur Förderung der Begegnungstätten zu beschließen.

Herr Kohaupt meldet sich zu Wort und erklärt, dass die CDU-Fraktion die Vorlage in dieser Form nicht zur Kenntnis nehmen könne. Herr Kohaupt sagt, dass der Altenplan nicht zukunftsweisend sei. Er macht folgende Änderungswünsche geltend: Das erste Grußwort gebühre dem Oberbürgermeister, das Grußwort der Vorsitzenden solle nicht in „Ich-Form“ sondern für den Sozialausschuss verfasst werden. Folgende Punkte würden im Altenplan fehlen: Ein Hinweis auf Kranken- und Pflegekassen, die in die Beratung mit eingebunden seien; ein Hinweis auf geriatrische Einrichtungen vor Ort; Informationen über die Hospizversorgung in Hagen und Umgebung, ebenso über Seniorenerholungsmaßnahmen, seniorengerechte Sportangebote; des Weiteren würden teilweise Adressenangaben fehlen. Die Erwartung sei gewesen, dass eine umfassende Bestandsaufnahme erfolgen würde und dass der Altenplan auf sämtliche auf örtlicher Ebene angebotene Leistungen hinweise. Abschließend erklärt Herr Kohaupt, dass es sich bei der vorliegenden Broschüre um keinen Altenplan, sondern eine Info-Broschüre handele.

Frau Oestereich weist die Ausführungen von Herrn Kohaupt entschieden zurück und macht darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion sowie Herr Röspel – als Trägervertreter – in die Entstehung mit eingebunden gewesen seien. Allerdings seien redaktionelle Änderungen durchaus möglich.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Kohaupt, Frau Oestereich, Herr Dr. Schmidt, Herr Dücker, Frau Schmidt, Frau Kuschel-Eisermann, Herr Röspel und Herr Steuber.

Frau Schmidt – Vorsitzende des Seniorenbeirates – bestätigt, dass der Seniorenbeirat der Vorlage bereits zugestimmt habe.

Herr Dücker plädiert aus Kostengründen für eine nicht zu hohe Druckauflage. Frau Kuschel-Eisermann äußert sich positiv über die Aufmachung der Broschüre. Herr Röspel merkt an, dass hier zwei Dinge – Altenplan und Richtlinien – in einer Vorlage behandelt würden und, dass die Tagespflege und Kurzzeitpflege mit Anschriften erwähnt seien, während die stationären Einrichtungen nur pauschal aufgeführt würden.

In Bezug auf die Richtlinien informiert Herr Steuber darüber, dass die Erstellung ein gemeinsamer Prozess mit den freien Trägern gewesen sei.

Frau Oestereich macht darauf aufmerksam, dass zum 4-Säulenmodell der kommunalen Altenhilfe – welches Grundlage der Darstellung dieses Altenplanes sei – die Orte der fachlichen Beratung (also die Begegnungstätten) und nicht die Auflistung aller zur Verfügung stehender Angebote gehöre, die Anschrift der stationären Einrichtungen aber noch ergänzt werden sollten.

Frau Kurte stellt eine Frage zu den Richtlinien, die sich mit der finanziellen Entschädigung der Ehrenamtlichen befasst. An der Diskussion und Beantwortung der Frage beteiligten sich Frau Oestereich, Frau Kreiß, Herr Röspel, Herr Haensel, Herr Steuber und Herr Dücker.

Frau Oestereich weist darauf hin, dass diese Richtlinien als verbindliche Anlage zu den Budgetverträgen der Verbände zu betrachten sind, aber nicht erneut in Zweifel gestellt werden dürften, wenn es zum 30.06.2004 mit Wirkung zum 31.12.2005 zur Kündigung der Zuschussverträge komme.

Dabei erläutern Herr Dr. Schmidt und Herr Steuber, dass die Kündigung der Verträge nur eine Option darstelle. Außerdem wird die allgemeine Hoffnung geäußert, die Einsparvorgaben in frühzeitigen Gesprächsrunden auf freiwilliger Basis zu erreichen.

Frau Kuschel-Eisermann verlässt die Sitzung um 17:40 Uhr.

Frau Oestereich stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- a) **Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.**
- b) **Der für Anbieter und Bürger erstellte Altenplan „Für das Alter Verantwortung tragen“ (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.**
- c) **Die Verwaltung wird beauftragt, den Altenplan in einer Auflage von 3000 Stück drucken zu lassen.**
- d) **Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 2 gemeinsam mit den Anbietern erarbeiteten Richtlinien der Stadt Hagen zur Förderung von Begegnungsstätten. Diese Richtlinien sind als verbindliche Anlage der Budgetverträge mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zu betrachten.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**6. Auswirkungen des Landeshaushaltes 2004/2005 auf die Stadt Hagen
hier: mündlicher Bericht**

Herr Steuber bezieht sich auf die als Anlage zu TOP 5 verteilte Tischvorlage „Auswirkungen der Kürzungen im Entwurf des Landeshaushaltes 2004 auf den Sozial- und Jugendhilfebereich“. Herr Dr. Schmidt ergänzt die Ausführungen.

**7. Geschäftsberichte Freie Wohlfahrtspflege – 2. Lesung
Drucksachen-Nr. 500048/03**

Frau Oestereich ruft diesen TOP in zweiter Lesung auf. Sie möchte allerdings darüber heute keine Diskussion führen lassen. Sie macht aber darauf aufmerksam, dass in vielen der beschriebenen Arbeitsbereiche Landesmittel stecken, die von der beabsichtigten Kürzung betroffen wären und eine Kürzung von städtischen Mitteln bei den betroffenen Maßnahmen zwangsläufig zur Beendigung dieser Projekte führen könnte.

Frau Oestereich stellt die Vorlage 500048/03 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorschlag wird zur Kenntnis genommen.

Nach der Abstimmung fordert Frau Oestereich die Mitglieder des Sozialausschusses dazu auf, den Bericht gut zu verwahren, da er für die Beratungen im nächsten Jahr sehr wichtig sein könne.

**8. XIX. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangwohnheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986 und Bericht über die Unterbringungssituation in den Übergangseinrichtungen der Stadt Hagen
Vorlagen-Nr.: 500067/03**

Frau Oestereich erteilt Herrn Stüwe das Wort, der die Vorlage erläutert und außerdem über die augenblickliche Unterbringungssituation in den Asylbewerber- und Aussiedlerunterkünften berichtet.

Nachfragen von Herrn Halbeisen beantwortete Herr Stüwe.

Eine Nachfrage von Frau Kurte zum Aussiedler- und Asylbewerberheim in der Feithstraße wird von Herrn Stüwe und Herrn Dr. Schmidt beantwortet.

Frau Dannert verlässt die Sitzung um 18:00 Uhr.

Frau Oestereich stellt die Vorlage 500067/03 gemäß dem Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**9. Antrag der CDU-Fraktion
hier: Krankenversicherung von Sozialhilfe-Empfängern**

Frau Oestereich weist darauf hin, dass zur Anfrage der CDU-Fraktion direkt eine Antwort der Verwaltung mit versandt worden ist.

Herr Kohaupt bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die Beantwortung der Fragen und erläutert kurz die Hintergründe der Anfrage.

10. Haushalt 2004

Frau Oestereich erklärt einleitend, dass sie nicht über den ganzen Haushaltsplan 2004 beraten wolle, da dies bereits in der Beratung für den ursprünglich geplanten Doppelhaushalt 2003/04 geschehen sei. Sie schlägt vor, nur über die Veränderungen zu beraten. Grundlage hierfür ist die als Tischvorlage verteilte Änderungsliste mit Stand vom 18.11.03 (Anlage).

Herr Oestreicher informiert über die Änderungen im Haushaltsplan 2004. An den Erläuterungen beteiligen sich außerdem noch Herr Schierau, Herr Steuber und Herr Reichert.

Nachdem keine weiteren Nachfragen gestellt werden, lässt Frau Oestereich über den Haushalt 2004 abstimmen:

- a) **Über den Verwaltungshaushalt 2004 unter Berücksichtigung der vorgelegten Veränderungsliste.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

- b) **Über den Vermögenshaushalt 2004.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

- c) **Über das Investitionsprogramm für 2004.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

11. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen Vorlagen-Nr.: 100060/03 und 200052/03

Herr Qwitter stellt dar, dass diesem TOP zwei Vorlagen zu Grunde liegen. Dabei sei die Vorlage 100060/03 eine reine Informationsvorlage. Außerdem weist Herr Qwitter auf die ausliegende Tischvorlage hin, die ebenfalls Anlage dieses Protokolls werden soll.

Die SPD-Fraktion stellt die Frage, warum der Sozialausschuss den Ratsbeschluss vom 16.10.03 wiederholen solle. Vielmehr sei es sinnvoll, den Beschlussvorschlag der Vorlage 200052/03 zur Kenntnis zu nehmen, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass die Bezirksvertretungen eigene Zuständigkeiten haben. An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Qwitter, Herr Dr. Schmidt und Herr Röspel.

Im Anschluss stellt die Vorsitzende die Beschlussvorlage 200052/03 zur Abstimmung:

Der Rat nimmt das vorliegende fortentwickelte gesamtstädtische Strategiekonzept zur Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit zur Kenntnis.

Die dargestellten Maßnahmen und Beträge sind in das Haushaltssicherungskonzept einzustellen und bei der Fortschreibung der Finanzplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Die sich hieraus ergebenden Vorlagen zu Einzelmaßnahmen sind – nach vorheriger Betrachtung in den zuständigen Fachausschüssen, Bezirksvertretungen und dem Haupt- und Finanzausschuss – dem Rat aufgrund seiner Gesamtverantwortung für das Haushaltssicherungskonzept zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

12. Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Frau Oestereich möchte – bezogen auf die Vorlage 500095/02 – wissen, wo Ergänzungsverträge zu den Budgetverträgen abgeschlossen und umgesetzt worden sind.

Herr Oestreicher antwortet, dass die sich aus der Vorlage 500095/02 ergebenden Vertragsänderungen zwar einvernehmlich mit den freien Trägern finanziell umgesetzt, aber die Verträge noch nicht unterschrieben seien. Die Vertragsänderungen seien noch nicht unterschrieben, weil die Richtlinien für Altenbegegnungsstätten noch mit in die Vertragsänderung aufgenommen werden sollen.

Frau Oestereich fragt z.B. nach der Vertragsänderung mit der AIDS-Hilfe. Herr Dr. Schmidt erklärt, dass diese die Vertragsänderung bereits unterzeichnet hätten. Darauf hin äußert die Vorsitzende den Eindruck, dass bei der Vertragsumsetzung mit zweierlei Maß gemessen wurde und bzgl. der Vertragsunterzeichnung Druck auf die freien Träger ausgeübt worden sei. Auf Nachfrage sagt Herr Dr. Schmidt einen Bericht über den Stand der Vertragsumsetzung zu. Herr Steuber berichtet direkt über den Stand für den Fachbereich Jugend und Soziales. Frau Oestereich bringt den Wunsch zum Ausdruck, dem Sozialausschuss in der nächsten Sitzung über den Stand der Vertragsumsetzung zu informieren.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

Frau Oestereich schließt die Sitzung um 18:37 Uhr.

gez. Oestereich
Vorsitzende

gez. Meisborn
Schriftführer

Gesehen:

gez. Kothe
Kothe, stellv. Fachbereichsleiter